

Wie wollen wir mit und nach Corona leben?

Angesichts der COVID-19-Pandemie (nachfolgend Corona-Krise genannt) stellt sich unweigerlich die Frage, wie die Welt nach dieser Krise aussehen soll. Die öffentliche Debatte darüber ist in vollem Gange. Das Pendel schlägt aus zwischen Untergangsstimmung und Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Zwischen der Sehnsucht nach Rückkehr zur alten „Normalität“ und dem dringenden Bedürfnis nach einer grundlegend neuen. Auch wir sehen aus feministischer Sicht Gefahren und Chancen in dieser Krise, wie sie sich deutlicher lange nicht mehr gezeigt haben. Wie stehen die Chancen für ein gemeinsames, solidarisches Überleben auf diesem Planeten im Einklang mit der Natur? Für ein demokratisches Miteinander? Handelt es sich bei Corona lediglich um ein medizinisches Problem oder ist die Pandemie nicht vielmehr symptomatisch für eine gesamtgesellschaftliche Krise, eine existentielle Anfrage an unser Wertesystem und unsere Lebensweise? Welche Möglichkeiten und Risiken birgt die umfassende Digitalisierung? Was bedeutet die Krise für Frauen, was für den globalen Süden? Welche Tendenzen zeichnen sich bereits jetzt ab? Welche vorläufigen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen ergeben sich für uns aus feministischer Sicht? Diesen Fragen wollen wir uns – mit einem Fokus auf Wirtschaft – im Folgenden widmen.

Wirtschaften für das gute Leben und den Erhalt des Planeten

Die Corona-Krise verdrängt gegenwärtig oft alles andere und öffnet gleichzeitig einen Markt, der die weltweite Ungleichverteilung aufgrund der neoliberal entgrenzten kapitalistischen Wirtschaft weiter verstärkt. Der wachsende Reichtum Weniger speist sich aus der Verarmung immer größerer Teile der Weltbevölkerung – und Armut ist nach wie vor weiblich. Sie ist verbunden mit Ausbeutung, Ausgrenzung, der Verletzung von Menschenrechten und Menschenwürde und der Zerstörung unseres Planeten.

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich durch die Corona-Krise weiter vertiefen wird. Hunger, Krankheiten, Verelendung und Gewalt werden weltweit zunehmen. Der Chef des Welternährungsprogramms der UN warnt vor einer bevorstehenden „Hunger-Pandemie“: Laut seinen Angaben hungern bereits jetzt 821 Mio Menschen weltweit, weitere 135 Mio sind existenzieller Sorge wegen der Knappheit von Nahrung ausgesetzt und zusätzliche 130 Mio könnten am Ende des Jahres vor dem Hungertod stehen (zit. nach Frankfurter Rundschau vom 25./26.4.2020).

Damit wächst auch die Belastung für Frauen, die überall auf der Welt hauptsächlich für die Überlebenssicherung verantwortlich sind. Sie sind es, die mehrheitlich zuständig sind für Gesundheit und Pflege, Ernährungssicherung, Kinderbetreuung

und Hausarbeit. Allein im Gesundheits- und Pflegebereich sind laut aktueller OECD-Studie rund 70 % der Arbeitskräfte weltweit weiblich. Gleichzeitig sind Frauen in der derzeitigen Krise stärker als Männer von Jobverlust, Einkommenseinbußen und Mehrfachbelastungen (v.a. infolge Home Office und Quarantänebestimmungen) betroffen. Unter diesen Bedingungen sind sie vermehrt Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt, ihr Infektionsrisiko ist höher, und der Rückfall in die traditionelle Rollenverteilung hat bereits begonnen. Für den Monat April verzeichnet die WHO in den europäischen Ländern im Vergleich zum Vormonat bis zu 60% mehr Notrufe von Frauen, die Gewalt durch den Partner erlitten haben (zit. nach Frankfurter Rundschau vom 8.5.20).

Deutlich wird in der Corona-Krise auch eine weitere einschneidende Folge des wachstums- und profitorientierten Wirtschaftssystems mit globalen Auswirkungen: Die großräumige Abholzung von Wäldern und die Förderung von Monokulturen treibt nicht nur die Klimakatastrophe voran, sondern ebnet auch der weltweiten Verbreitung von Viren und damit der Gefahr weiterer Pandemien den Weg. Wie prekär und unzulänglich das Gesundheitswesen selbst in den Wohlstandsländern des globalen Nordens ist, zeigt sich gerade jetzt in der Krise überdeutlich. Krankenhäuser, die seit langem an erster Stelle Rentabilitätskriterien erfüllen müssen, können oft eine ausreichende Versorgung nach medizinischen Gesichtspunkten nicht mehr gewährleisten. Die Strukturen sind kaputt gespart, das Personal arbeitet am Limit. Es profitieren „Gesundheits“konzerne und ihre Aktionäre.

Umdenken für ein gemeinsames Überleben

Wir müssen endlich Lehren ziehen aus der gesamtgesellschaftlichen Krise globalen Ausmaßes. Was wir brauchen, ist ein grundlegender Wertewandel in der Ökonomie, der sich von einer feministischen Wirtschaftsethik leiten lässt. Ziel ist ein gutes Leben für alle. Dafür bedarf es einer konsequenten Abkehr vom kapitalistischen Modell. Gemeinsam müssen wir den Weg bereiten für ein (geschlechter)gerechtes, ein sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem, hier und weltweit.

Aufwertung, Umverteilung und Förderung gesellschaftlich wichtiger Arbeit

Ein Großteil der Arbeit, die für Mensch und Natur überlebenswichtig ist, wird – wie bereits ausgeführt - weltweit vor allem von Frauen geleistet. Dies gilt insbesondere für Care-Arbeit, Subsistenzproduktion und Teile des informellen Sektors (Schattenwirtschaft). Solche Tätigkeiten gelten weithin nicht als „ökonomische Vorgänge“ und tauchen damit in den offiziellen Statistiken nicht auf. Sie werden schlecht oder gar nicht bezahlt und genießen in der herrschenden Wirtschaftslogik ein geringes Ansehen. Dabei zeigt sich gerade jetzt in Zeiten von Corona, wie sehr unser gesellschaftliches (Über-)Leben von eben diesen sogenannten

„systemrelevanten“ Tätigkeiten abhängt. Sie müssen endlich ihrem gesellschaftlichen Wert entsprechend anerkannt, angemessen vergütet und in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufgenommen werden. Und die Verantwortung für diese Arbeit gilt es geschlechtergerecht zu verteilen. Gleichzeitig muss – entsprechend der gesetzlichen Gleichstellungsverpflichtung – sichergestellt werden, dass Frauen hier und weltweit den ihnen zustehenden Anteil an Ressourcen und den gleichen Zugang zu Entscheidungsprozessen und Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche non-profit-Organisationen spielen auch im ökonomischen Bereich eine immer wichtigere Rolle, v.a. im Hinblick auf die Entwicklung menschen- und naturgerechter Wirtschaftsvorstellungen und die Gestaltung entsprechender Modelle und Initiativen. Daher muss die organisierte Zivilgesellschaft künftig stärker als bisher auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene verpflichtend und verbindlich einbezogen werden auf dem Weg zu einem Wirtschaften für das gute Leben.

Wirtschaftspolitik für ein gutes Leben für alle und für den Erhalt des Planeten

Eine neue Wirtschaftspolitik muss darauf ausgerichtet sein, allen Menschen gleichermaßen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Das bedeutet für uns eine Abkehr von Wachstumslogik und Profitorientierung. Wir brauchen die Hinwendung zu einer solidarischen Gemeinwohlökonomie, die sich an der Interdependenz von menschlicher und nicht-menschlicher Natur orientiert. Ein Wirtschaftsmodell, das auf Kooperation statt Konkurrenz, auf die Beiträge aller zum Gemeinwohl statt auf individuelle Bereicherung, auf Partizipation, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit setzt. Nur so können wir national und weltweit die Ursachen von Ungleichheit, Armut und Naturzerstörung bekämpfen. Wir brauchen also eine neue Wirtschaftspolitik, die hier und weltweit mutig und entschieden alternative Wege beschreitet. Das beinhaltet u.a. eine Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, eine Stärkung nachhaltiger, kleinbäuerlicher Landwirtschaft und eine Entökonomisierung des Gesundheits- und Bildungssystems. Daseinsvorsorge (insbesondere Gesundheit, Bildung und Verkehr) gehört in die Hände von demokratisch legitimierten Institutionen.

Mehr Transparenz und Kontrolle des Lobbyismus

Wirtschaftsverbände und Unternehmen sind in vielfältiger Weise verflochten mit der Politik. Gemeinsam bilden sie patriarchal geprägte Machtstrukturen, die die politischen Entscheidungen und Gesetzgebungsprozesse maßgeblich bestimmen. Frauen haben aufgrund ihrer Unterrepräsentanz auf Führungsebenen nur begrenzten Einfluss innerhalb solcher Strukturen und Geflechte. Für die Öffentlichkeit bleiben diese Prozesse i.d.R. intransparent. Der Einfluss der Wirtschaftslobby auf die

Politik und die Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik muss endlich offen gelegt, kontrolliert und so weit wie möglich unterbunden werden.